

Aus der Redaktion

Liebe Mitglieder, Freund-innen und Partner,



im ersten regulären Rundbrief in diesem Jahr informieren wir Sie darüber, wie die Corona-Pandemie unsere Arbeit verändert hat, über Abtreibungsgegner-innen in Mainz, die Eröffnung der Anlaufstelle für Mitarbeiter-innen der Ministerien und stellen ihnen den neuen Koordinator von pia – pro familia in action – vor.

Wir wünschen Ihnen trotz Corona viel Zuversicht und Lebensfreude. Kommen Sie gut durch diese Zeit und herzliche Grüße

J. Kugejard 
Geschäftsführerin

Arbeiten mit Corona



Das pro familia Zentrum musste – wie alle anderen Einrichtungen auch –, praktisch von einem Tag auf den anderen auf die Infektionsgefahr reagieren, um Mitarbeiter-innen und Klient-innen zu schützen. Als Beratungsstelle, die die staatlich verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung anbietet,

mussten wir das Angebot auch während des Lock-downs unbedingt aufrechterhalten.

Dies erforderte einen enormen zusätzlichen Organisationsaufwand. Wir mussten zum einen Masken, Desinfektionsmittel und Plexiglaswände besorgen, die plötzlich rar und teuer geworden waren. Zum anderen mussten wir Notfallpläne erstellen und die Arbeitsabläufe so umorganisieren, dass die Beratung auch im Fall einer Quarantäne sichergestellt war. Für die Homeofficeplätze fehlte es, obwohl soweit vorhanden auch private Geräte genutzt wurden, an Notebooks, Webcams und Headsets.

Beratung digital

Wir stellten dann die Schwangerenberatung auf telefonische Beratung und die Paar- und Sexualberatung auf Video-Beratung um. Um Kontakte möglichst zu vermeiden, konnten die Berater-innen von Zuhause

aus arbeiten. Hierzu bekamen sie Prepaid-Handys, weil viele Telefonverträge keine Flatrate für alle Mobilfunkanbieter hatten.



Die Ärztin Ruth Gottwald an der Anmeldung.

Parallel wurden Anbieter für Telefonkonferenzen und Videoberatung gesucht und auf Datensicherheit, Zuverlässigkeit und Anwender-innenfreundlichkeit getestet. Mit dem zuständigen Ministerium wurde geklärt, ob eine telefonische Schwangerenberatung als Ausnahme überhaupt zulässig sein kann. Die Situation änderte sich jeden Tag und es war nicht einfach, aus der täglichen Flut der Informationen wegen Corona die für unsere Arbeit relevanten auszuwählen. Sehr schnell war auch klar, dass sich die Einnahmensituation durch Wegfall von Honoraren, Teilnahmegebühren und Kostenbeiträgen der Klient-innen für die Paar- und Sexualberatung und die Familienrechtsinformation drastisch verschlechtern würde.



Verwaltungsfachkraft Katharina Helker bei der hauseigenen Maskenproduktion.

Sexuelle Bildung auf Sparflamme

Im Bereich Sexualpädagogik sind alle geplanten Angebote für Schulklassen, alle Fortbildungen für Erzieher-innen und Lehrer-innen und alle Elternabende von Mitte März bis August ausgefallen. Nur die

telefonischen Beratung für Jugendliche, Eltern und Fachkräfte konnte weiter angeboten werden.

Das Sexualpädagogik-Team hat die Zeit genutzt und analoge und digitale Unterstützungen für Lehrer:innen und Multiplikator:innen erarbeitet, die die Themen Sexualität, Verhütung, Geschlechterrollen, sexuelle und reproduktive Rechte oder Prävention sexualisierter Gewalt auch während Corona behandeln wollten. Inzwischen gibt es wieder die ersten Anfragen von Schulen, unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln Präsenz-Veranstaltungen in ihren Räumen durchzuführen. Bis die Schulklassen die Gruppenräume der Beratungsstelle vormittags wieder mit Leben füllen können, wird es voraussichtlich noch eine Weile dauern.

Zwischenbilanz

Inzwischen ist so etwas wie »Corona-Normalität« eingeleitet und es finden unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln auch wieder persönliche Beratungen und Besprechungen statt. Wir sind sehr froh über unsere großen Räume mit vielen Fenstern und Balkontüren.



Es hat sich gezeigt, dass Ratsuchende in der Schwangerschaftsberatung, die kleine Kinder haben und weiter entfernt leben, das Angebot der telefonischen Beratung als sehr positiv erleben. Paare schätzten auch die Möglichkeit der Videoberatung, wenn sie keine Kinderbetreuung haben oder wenn sie nicht zusammenleben. Selbst in der Verhütungsberatung lässt sich vieles im Vorfeld am Telefon klären, so dass der direkte Kontakt zur Untersuchung oder zur Anpassung von Diaphragmen kürzer gehalten werden kann. Schwierigkeiten bei den digitalen Beratungsangeboten gibt es vor allem, wenn die Sprachmittlung durch Familienangehörige oder Bekannte durchgeführt wird, die nicht so vertraut mit Deutsch oder Englisch sind. Auch in Fällen, in denen es weniger um die Informationsvermittlung geht, sondern sich die Kli-

ent-innen in einer großen psychischen Notlage befinden – wie bei einer starken Ambivalenz bezüglich einer ungeplanten Schwangerschaft –, hat sich der direkte persönliche Kontakt oft als hilfreicher erwiesen. Es ist jedoch viel mehr über Telefon und Video möglich, als wir vor Corona gedacht hätten. Für die Zukunft erscheint es uns daher erstrebenswert, die digitalen Angebote, die sich bewährt haben, als Ergänzung zu den persönlichen Beratungs-, Bildungs- und Vernetzungsangeboten beizubehalten und weiter zu entwickeln.

Schwangerschaftsabbruch und Corona

Für die Medizinischen Einrichtung sind digitale Angebote oder Homeoffice nicht möglich und so wird versucht, die Kontakte auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Begleitpersonen werden nur noch einbezogen, wenn sie für die Übersetzung gebraucht werden. Abholer:innen halten sich nicht im Wartezimmer auf, sondern kommen nur an die Tür. Da die Medizinische Einrichtung die Zulassung für ambulante Operationen hat, sind die Hygienestandards routinemäßig immer hoch und es waren in dieser Hinsicht keine Veränderungen notwendig, außer dass Schutzmasken jetzt auch durchgängig von den Klientinnen getragen werden.



Die sowieso schon schlechte medizinische Versorgung für den Schwangerschaftsabbruch in Deutschland hat sich durch Corona nochmals verschlechtert. Viele der wenigen Ärzt:innen in Deutschland, die überhaupt Schwangerschaftsabbrüche durchführen, sind bereits im Rentenalter, gehören damit zur Risikogruppe und haben ihr Angebot ausgesetzt. Manche Kliniken haben außerdem die »Chance Corona« genutzt, um Schwangerschaftsabbrüche zu medizinisch nicht notwendigen Eingriffen zu erklären und ebenfalls nicht mehr anzubieten. Viele ungewollt schwangere

Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, waren daher sehr froh, dass sie in der Medizinischen Einrichtung auch während des Lock-downs durchgehend gut medizinisch und psychologisch versorgt wurden.

Mitten in die Umstellungen wegen Corona platze dann die Honorarkürzung für den Schwangerschaftsabbruch, die für die hierauf spezialisierten Praxen einen großen finanziellen Einschnitt bedeutete. Mit Unterstützung einiger engagierter Ärzt:innen gelang es jedoch in relativ kurzer Zeit, die kassenärztliche Bundesvereinigung zur Rücknahme der Kürzung zu bewegen. Dieses Problem konnte somit abgewendet werden. Es bleibt als Dauerproblem die schlechte Versorgungslage in vielen Teilen Deutschlands, die bedingt ist durch die gesellschaftliche Stigmatisierung von Frauen und Ärzt:innen, durch das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen und ausführlicheren Informationen im Strafgesetzbuch, die daraus folgenden Verurteilungen von Ärzt:innen, die Vernachlässigung im Medizinstudium und die Belästigung und Bedrohung durch Abtreibungsgegner:innen.

Safe Abortion Day 2020



Pressemitteilung des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung vom 21.08.2020:

Zum internationalen »Safe Abortion Day« am 28. September 2020 rufen in Deutschland bundesweit derzeit über 80 Institutionen, Parteien und Länder-Bündnisse auf.

Mit dem Motto »Schwangerschaftsversorgung ist Grundversorgung« wird auf die Dringlichkeit hingewiesen, dass die Notsituation für ungewollt Schwangere, einen sicheren Ort und eine qualifizierte medizinische Fachkraft für eine Beendigung der Schwangerschaft zu finden, immer dramatischer wird. Die Zahl der Arztpraxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, war bereits zwischen 2003 und 2018 um rund 40 Prozent auf bundesweit etwa 1.200 Stellen gesunken. Ungewollt Schwangere, die eine Abbruch durchführen lassen wollen, müssen immer längere Strecken zurücklegen, bis zu 200 Kilometer. Die Corona-Krise hat diese Situation noch einmal verschärft.

Dr. Ines Scheibe vom bundesweiten Bündnis für sexuellen Selbstbestimmung und in der Schwangerschaftskonfliktberatung tätig sagt: *„Das Grundrecht auf medizinische Versorgung wird bereits seit langem nicht mehr von Bund und Ländern abgesichert. Vor allem in Flächenstaaten sind bereits ganze Landstriche ohne Ärztin oder Arzt, die einen fachgerechten Schwangerschaftsabbruch durchführen. Aber es gibt auch zunehmend in Städten ein Versorgungsproblem.“*

Die Ursachen bestehen laut Scheibe in der anhaltenden Stigmatisierung und Kriminalisierung von Ärztinnen und Ärzten, die Abbrüche durchführen, wie auch von ungewollt Schwangeren; aber auch durch die Tabuisierung des Themas an sich: *„Solange es einen § 219a im Strafgesetzbuch gibt, der Informationen verbietet, ist es sowohl für etablierte Mediziner*innen aber auch angehenden Ärzt*innen nicht attraktiv, Schwangerschaftsabbrüche in ihr Leistungsspektrum aufzunehmen. Daher war auch der Vorstoß, dass Universitätskliniken dazu verpflichtet werden müssen, ein Schritt in die richtige Richtung. Die sogenannte Reform des 219a hingegen war sinnlos und sogar schädlich. Mit der bundesweiten Liste von Ärzt*innen, die Abbrüche durchführen, wurde ein neuer Pranger geschaffen, den sich Abtreibungsgegner für ihre Hetze zu Nutze machen.“*

Der Safe Abortion Day am 28. September ist jährlich wiederkehrend der Internationale Tag für einen sicheren, entkriminalisierten, kostenfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbruch.

Es ist eine wachsende internationale Bewegung, die über die Website september28.org sowie mit den Hashtags #MyAbortionMyHealth und #28SEPT auf weltweite Aktionen aufmerksam macht und Aktivist*innen für sexuelle und reproduktive Gesundheit zusammenführt. Der Tag wurde erstmals 1990 von der »Campaña 28 Septiembre« als Aktionstag zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch in Lateinamerika und der Karibik begangen.

Zehntausende Frauen* sterben immer noch jährlich an nicht fachgerecht durchgeführten Abbrüchen sowie aufgrund von gesetzlichen Verboten und Versorgungsnotständen. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen beispielsweise spricht von einer „übersehenen Gesundheitskrise“.

Dr. Ines Scheibe weiter: *„Auch in Deutschland kommen ungewollt Schwangere immer häufiger in Notlagen. Auch deswegen fordern wir, dass Schwangere endlich selbstbestimmt über ihre Körper entscheiden können müssen. Schluss mit Kriminalisierung und Zwangsberatung!“*

<https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de>

Abtreibungsgener·innen in Mainz



Am 5. August hörten wir mittags durch die geöffneten Fenster Gesänge, die nach jahrzehntelanger Beschallung durch Straßenmusiker·innen irgendwie ungewohnt klangen. Am Brand stand eine kleine Gruppe mit Kreuz und Plakaten, die sie als Abtreibungsgegner·innen erkennen ließen.

Auf Nachfrage gaben sie an, nicht zu demonstrieren, sondern zu beten und aus verschiedenen Gemeinden im Bistum Mainz zu stammen. Recherchen ergaben, dass sie zu der Gruppe fundamentalistischer kroatischer Katholik·innen »40 Tage für das Leben« aus Hessen gehören, die seit zwei Jahren mit ihren »Mahnwachen« Ratsuchende und Mitarbeiter·innen von pro familia Beratungsstellen, Arztpraxen und Kliniken, in denen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, in ganz Deutschland belästigen. Ihren Ursprung hat diese Art gegen die Wahlfreiheit von Frauen zu demonstrieren in fundamentalistisch-katholischen Gruppen in den USA und kam über Kroatien zu uns.



Aufgrund solcher »Mahnwachen« hatte das hessische Innenministerium als erstes aller Bundesländer im August 2019 angeordnet, dass ratsuchende Frauen vor Beratungsstellen nicht angesprochen, bedrängt oder belästigt werden dürfen. Abtreibungsgegner·innen dürfen ihnen auch keine Informationen aufzwingen. Verantwortlich für die Einhaltung der Anordnung sind die Kommunen. Sie dürfen Versammlung nur noch räumlich so weit von der Beratungsstelle entfernt erlauben,

dass kein Sicht- oder Rufkontakt mit der Beratungsstelle besteht.

Die hessische Linke hatte zuvor einen Gesetzesantrag in den Landtag eingebracht, wonach Abtreibungsgegner bei Demonstrationen und Mahnwachen einen Mindestabstand von 150 Metern zu Praxen und Beratungsstellen einhalten sollten. Der Antrag fand jedoch keine Mehrheit. Die CDU war gegen eine Abstandsregel mit einer konkreten Entfernungsgabe und sah die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Gefahr.

Das hessische Innenministerium bewertet einen solchen Eingriff in das Versammlungsrecht jedoch „in der Regel für zulässig, wenn nicht sogar geboten“, um das Persönlichkeitsrecht der ratsuchenden Frauen zu schützen. Der Interessenkonflikt zwischen dem gesetzlich festgelegte Recht von Schwangeren auf eine vertrauliche, ergebnisoffene und professionelle Beratung einerseits und die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit andererseits wurde so gelöst, dass während der Öffnungszeiten der Beratungsstellen, Praxen



und Kliniken die Rechte der Schwangeren überwiegen. Die Begründung dafür lautet: „Eine auf Erzeugung von Schuldgefühlen abzielende und in dieser Weise beherrschende Einflussnahme, die in erster Linie die Bereitschaft der Frau einschränkt, sich der Konfliktbera-

tung gegenüber zu öffnen, dient weder dem Lebensrecht des ungeborenen Kindes noch dem Selbstbestimmungsrecht der Frau.“ Zumal ungewollt schwangere Frauen psychisch sehr belastet sein könnten.

Dies bedeutet umgekehrt, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit außerhalb der Öffnungszeiten höher eingeschätzt werden kann und Kommunen Demonstrationen von Abtreibungsgegner·innen in der Nähe von Beratungsstellen und Praxen für diese Zeiträume genehmigen können.

In Mainz hatten die Abtreibungsgegner·innen ihre Veranstaltung nicht beim Ordnungsamt angemeldet. Nach den beiden kurzen Auftritten Anfang August, ist diese Gruppe bisher nicht wieder da gewesen. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen jedoch, dass sie immer wieder kommen.

Quellen: hessenschau.de 22.08.19, aertzeblatt.de 22.08.19

Vergleich von Abtreibung mit Holocaust ist rechtswidrig



Ärztin Kristina Hänel

© Boris Roessler/dpa

Der seit Jahren bekannter Abtreibungsgegner Klaus Günter Annen setzt auf seiner Internetseite »babykaust.de« Schwangerschaftsabbrüche mit dem Holocaust gleich. Annen organisiert seit Jahren radikale Proteste gegen Frauenärzt-innen und Wissenschaftler-innen. Auf seiner Internetseite veröffentlicht er Listen von Ärzt-innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Annen ist schon mehrfach von Ärzt-innen angezeigt und in Zivilprozessen verurteilt worden, hat aber weder jemals gezahlt noch seine massiven Angriffe gegen Ärzt-innen unterlassen.

Die Gießener Ärztin Kristina Hänel, die selbst von Abtreibungsgegner-innen angezeigt und wegen Informationen über Schwangerschaftsabbrüche aufgrund des »Werbeverbots« im Paragraphen 219a bereits in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, hatte Annen wegen dieses Vergleichs angezeigt. *„Ich möchte, dass Klaus Günter Annen aufhört, Schwangerschaftsabbrüche mit dem Holocaust zu vergleichen. Das ist sowohl für Ärzte, die Abbrüche durchführen, als auch für die Überlebenden und Toten des Holocaust und deren Angehörige unzumutbar“*, sagt Kristina Hänel. *„So ein Prozess ist normalerweise nicht meine Art, es ist eigentlich die Art der Abtreibungsgegner mit Anzeigen zu arbeiten. Aber in diesem Fall musste ich einfach eine Grenze ziehen.“* Im Gerichtssaal berichtete die 64-Jährige, dass der Betreiber der Internetseite sie seit langem verfolge. Es sei für sie schrecklich, wenn ihr Enkel lesen müsse, dass sie eine „Kindstöterin“ sein solle. Sie bekomme viele Hassbotschaften und habe Angst um ihr Leben.

Der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main, Meron Mendel, begrüßte das Urteil gegen den Verfasser des Holocaust-relativierenden Internetprangers. Er ist jedoch skeptisch, ob die nied-

rige Entschädigungssumme von 6.000 Euro eine abschreckende Wirkung erzielt. *„Wer Schwangerschaftsabbrüche mit der systematischen Verfolgung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus gleichsetzt und Ärztinnen und Ärzte mit faschistischen Mördern, muss gestoppt werden. Das Hamburger Gericht setzt ein wichtiges Signal gegen einen bestens vernetzten rechten Hass-Aktivisten“* sagt Mendel. *„Die Erfahrung zeigt leider, dass Geldentschädigungen den Betreiber der Website nicht davon abschrecken, seine perfide und geschichtsvergessene Kampagne gegen Kristina Hänel und andere Ärztinnen und Ärzte fortzusetzen.“*

In diesem Zusammenhang findet Hänel »Abtreibungsgegner« einen schwieriger Begriff, *„weil diese Menschen eigentlich Frauen verfolgen. Sie kümmern sich weder um ungewollte Kinder noch darum, eine familienfreundliche Gesellschaft zu gestalten. Deswegen halte ich den Begriff für nicht ganz richtig. Zudem suggeriert er, dass es Menschen gäbe, die für Abtreibungen sind. Aber das ist eigentlich etwas, was keiner gut findet und am wenigsten die Betroffene selbst. Die ist in aller Regel dagegen, sieht aber keinen anderen Weg, und dann ist die Abtreibung ein Kompromiss. Es ist Quatsch zu sagen, man sei gegen Abtreibung und für das Leben. Mit Gesetzen, die Abtreibungen bestrafen oder nicht mehr zulassen, sterben am Ende Frauen. Das hat die Geschichte gezeigt, und das ist global gesehen nach wie vor so.“*

Quellen: NDR: Hamburg Journal 21.08.20, neuesdeutschland.de 15.08.20; profarlp 25.08.2020.

Sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz



Sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz sind weit verbreitet. Sie haben schwerwiegende negative Folgen für die Betroffenen, die in der Regel auf ihren Arbeits-

platz angewiesen sind, aber auch für die Organisation, in der solche Übergriffe stattfinden.

Studien zeigen, dass jede elfte erwerbstätige Person in den vergangenen drei Jahren sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt hat. Frauen sind mehr als doppelt so häufig betroffen wie Männer. 43 Prozent der belästigten Personen sind Kolleg-innen und 19 Prozent Vorgesetzte oder betrieblich höhergestellte Personen.

Menschen, die sexuelle Belästigungen oder Gewalt am Arbeitsplatz erfahren, scheuen sich oft, direkt an ihrer Arbeitsstelle Unterstützung zu suchen, obwohl alle Arbeitgeber-innen seit Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) 2006 dazu verpflichtet sind, Beschwerdestellen einzurichten und darüber zu informieren. Aber Abhängigkeitsverhältnisse zu den Belästigern, Angst vor den Reaktionen der Kolleg-innen und Vorgesetzten und Gefühle wie Scham halten die Betroffenen oft davon ab, sich Hilfe an ihrer Arbeitsstelle zu suchen. In vielen Fällen sind sich die Betroffenen auch nicht sicher, ob das Erlebte tatsächlich ein sexueller Übergriff war oder doch eher nur ein Scherz unter Kolleg-innen, ein Missverständnis, traditionell-männliches Verhalten Frauen gegenüber oder eine »normale« Berührung ohne Hintergedanken. Hier zählt jedoch, was auch die Gesetzgebung zur Definition sexueller Übergriffe sagt: *Entscheidend ist die Wahrnehmung der Betroffenen.*

Das Erleben sexueller Übergriffe kann zu Krankheiten, dauerhafter Arbeitsunfähigkeit oder Kündigung führen, wodurch Organisationen nicht selten gute Mitarbeiter-innen verlieren. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz richtet somit individuell, betrieblich, ökonomisch und gesellschaftlich großen Schaden an.

Studien zeigen auch, dass die Persönlichkeit der Beteiligten bei sexueller Belästigung eine untergeordnete Rolle spielt. Entscheidend für das Vorkommen ist das Arbeitsklima. Führungskräfte können somit viel zur Prävention sexueller Übergriffe tun, indem sie ein Arbeitsklima fördern, das sexuelle Übergriffe klar als unerwünschtes Verhalten benennt und Verstöße sanktioniert.

Anlaufstelle für Mitarbeiter-innen der Ministerien eröffnet

Im Rahmen ihrer 2019 gestarteten Kampagne »Laut & Stark – Meine Stimme gegen Sexismus« hat Frauenministerin Anne Spiegel am 8. Juni 2020 eine neue externe Anlaufstelle für Mitarbeiter-innen der Ministerien eröffnet, die von sexueller Belästigung betroffen sind. *„Ich habe die Kampagne ausgerufen, damit die Veränderungen und Erkenntnisse, die mit MeToo in Gang gesetzt wurden, nicht einfach wieder in Vergessenheit geraten“*, erklärte Spiegel. *„Unser Ziel ist es,*

die Debatte weiter voranzutreiben. Mit der neuen Anlaufstelle gehen wir als Landesregierung nun mit gutem Beispiel voran.“

Um den Zugang für Betroffene zu erleichtern, sollte diese Erstberatungsstelle außerhalb der Ministerien bei einem unabhängigen Träger sein. Die Wahl für dieses Modellprojekt fiel auf die pro familia Beratungsstelle in Mainz. Das Thema sexualisierte Gewalt und deren Prävention ist im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Sexualität und Partnerschaft seit langem Bestandteil der Aufklärungs- und Beratungsarbeit der pro familia.



„Als erste Anlauf- und Clearingstelle ist es unsere Aufgabe, Ratsuchenden die Möglichkeit zu bieten, unter absoluter Verschwiegenheit von ihren Erfahrungen zu berichten und sie dabei zu unterstützen herauszufinden, welche nächsten Schritte in ihrer individuellen Situation für sie am besten passen,“ beschreibt Gisela Hilgefort, Geschäftsführerin der pro familia Mainz, die Aufgabe des Beratungsteams. *„Diese nächsten Schritte können etwa eine Beschwerde bei der zuständigen Stelle, eine weitergehende psychologische Begleitung oder eine arbeitsrechtliche Beratung sein. Wichtig ist, dass Betroffenen in Ruhe selbst entscheiden können, ob und wie sie weitergehen möchten.“*

Die Anlaufstelle bei sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz ist als Modellprojekt nur für Mitarbeiter-innen der Ministerien und der Staatskanzlei konzipiert. Alle anderen Ratsuchenden können sich an den Frauennotruf Mainz – die Fachstelle für sexualisierte Gewalt – wenden. Dort bekommen Betroffene jeden Geschlechts im Fall sexueller Belästigung am Arbeitsplatz Unterstützung von erfahrenen Beraterinnen. Der Frauennotruf bietet außerdem Fortbildungen für Betriebe zu diesem Thema an. Auch die Berater-innen der pro familia wurden vom Frauennotruf zu sexuellen Übergriffen am Arbeitsplatz fortgebildet.

Quelle: PM des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz 08.06.20



Interview mit Konstantin Hahn, Student der Erziehungswissenschaft und seit August 2020 Koordinator pia Mainz

? Konstantin, wie kamst Du dazu, Dich bei pia Mainz zu engagieren?

Ich beschäftige mich schon seit einigen Jahren mit Sexueller und Reproduktiver Gesundheit und Rechten (SRGR) und habe schon einige Zeit als Honorarkraft in der Sexualpädagogik mitgearbeitet. Im vergangenen Jahr war ich bei der pro familia Winterschool und als im Januar pia Mainz gegründet wurde, war ich sofort dabei, um mich auch vor Ort einzusetzen.

? Gibt es im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte ein Thema, das Dich besonders interessiert?

Sexuelle Bildung für jedes Lebensalter ist mir ein besonderes Anliegen. Sie ist der Grundstein zur Wahrnehmung der eigenen Rechte und die Basis für sexuelle Gesundheit. Die sexuelle Bildung darf nicht bei der Kenntnis der Sexualorgane enden. Sexuelle Bildung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper, der eigenen Sexualität und dem eigenen Geschlecht. Dabei ist mit der intersektionale Blick auf SRGR besonders wichtig, was bedeutet, die Vielfalt der Lebenssituationen und -entwürfe anzuerkennen. Das Ziel ist reproduktive Gerechtigkeit, was bedeutet, allen Menschen die freie Entscheidung über ihre Reproduktion zu ermöglichen, darüber ob, wann und wie sie Kinder bekommen möchten, sexuelle Bildung, Zugang zu allen Verhütungsmethoden und Kinderwunschbehandlung, legale Schwangerschaftsabbrüche und ökonomische und soziale Sicherheit für Kinder, rechtliche Anerkennung von diversen Familienmodellen und genitale Selbstbestimmung.

? Was ist Dein Eindruck, wie Jugendliche heute mit Liebe, Beziehungen, Sexualität und Verhütung umgehen?

Keine Generation hatte einen derartig großen und breiten Zugang zu Wissen über Sexualität. Queere Menschen sind medial präsent, es gibt unzählige Möglichkeiten, sich über Sexualität auszutauschen, Feminismus ist längst im Mainstream angelangt. Natürlich gibt es viele Herausforderungen, gerade weil in der Fülle an Informationen auch viele problematische Inhalte herumschwirren. Ich erlebe viele Jugend-

liche allerdings als offen und lernfreudig in Bezug auf Sexualität. Den meisten Jugendlichen ist bewusst, dass Pornographie nicht die Realität abbildet und Beziehungen nicht wie im Liebesfilm ablaufen – wichtig ist, mit ihnen ins Gespräch zu gehen, sie in ihrer Lebenswelt ernst zu nehmen und ihnen das mitzuleben, was sie für ein selbstbestimmtes Sex- und Liebesleben benötigen.

? Welche Aktionen plant Ihr gerade in pia?

Derzeit sind wir an der Vorbereitung der Mainzer Aktionen zum internationalen Safe Abortion Day beteiligt. In Zukunft wollen wir, sofern es der Infektionsschutz zulässt, ein Pub Quiz veranstalten, Workshops zur sexuellen Bildung junger Erwachsener durchführen und auch intern voneinander lernen.

? Was wünschst Du Dir für die nahe Zukunft im Hinblick sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte hier in unserer Region oder auch darüber hinaus?

Ich wünsche mir, dass pia Mainz noch weiterwächst und ein Lernort für uns und andere wird. Ich wünsche mir, dass junge Menschen auch auf dem Land einen besseren Zugang zu sexueller Bildung bekommen. Ich wünsche mir, dass die Paragraphen 218 und 219a StGB endlich gestrichen werden und alle Verhütungsmethoden und offene Beratung für alle frei zugänglich gemacht werden.

Vielen Dank für das Interview.

pia ist das bundesweite, junge Netzwerk des pro familia Bundesverbands – ein Zusammenschluss junger Menschen, die sexuelle und reproduktive Rechte und Gesundheit durch Mitwirken und Handeln thematisieren möchten. Ziel des Netzwerks ist es, eine Plattform zu bieten, in der sich Menschen unter einer queer-feministischen, rassismus- und kulturkritischen Perspektive austauschen, verbinden und gemeinsam gestalten.

Mehr Infos auf Instagram: [#piainmainz](#), [#pia_profamilia](#) und auf Facebook: facebook.com/profamiliaaction

Rundbrief bestellen und abbestellen:

Wir hoffen sehr, dass Sie sich über unsere Nachrichten freuen. Sollte dies nicht so sein, nehmen wir Ihre E-Mail-Adresse selbstverständlich aus unserem Verteiler.

Wenn Sie den Rundbrief weitergeleitet bekommen haben, nehmen wir Sie auch gerne direkt in den Verteiler auf.

Für beides melden Sie sich bitte kurz unter: mainz@profamilia.de oder 06131-2876614